Beschluss des Landrats vom 21.05.2026

Nr. 1759

33. KMU von Nachhaltigkeits-Bürokratie entlasten
2025/366; Protokoll: ps

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen.

Tim Hagmann (GLP) hält fest, die GLP-Fraktion sei gegen Überweisung des Postulats. Der Bundesrat hat die Umsetzung des kleinen Teils der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), der von der Schweiz beeinflusst werden kann, noch nicht definiert. Etwas zu prüfen, was noch nicht vorliegt, ist nicht sinnvoll. Zudem erscheint eine Bevorzugung des KMU-Forums in diesem Thema aus staatspolitischer Sicht nicht zielführend. Das KMU-Forum ist aufgrund der sehr engen Verflechtung mit der Wirtschaftskammer kein neutrales Gremium, sondern ein institutionelles Instrument der Wirtschaftskammer zwecks politischer Interessenvertretung. Es ist legitim, diese Interessen zu vertreten. Jedoch gilt es, in diesem wichtigen Bereich eines lebenswerten Baselbiets nicht nur die Wirtschaftsinteressen abzubilden, sondern auch andere gesellschaftliche Interessen. Eine einseitige Bevorzugung erscheint deshalb nicht als gerechtfertigt. Das Postulat sollte in andere Form eingereicht werden – und zum Zeitpunkt, wenn klar ist, wie die Umsetzung erfolgt.

Marco Agostini (Grüne) sagt, die Grüne/EVP-Fraktion sei für Überweisung. Eine Überprüfung erscheint sinnvoll. Den Redner überrascht, dass diese Nachhaltigkeitsrichtlinie das Thema ist. Der Klimawandel ist da, es gibt eine Überhitzung etc. – und dies kann nicht geleugnet werden. Vielleicht verursacht die Richtlinie wirklich zu viel Bürokratie, aber eigentlich liegen die Fakten seit 60 Jahren vor, jedoch wollen viele Leute diese noch nicht wahrhaben. Deshalb braucht es nochmals eine Überprüfung. Der Redner begrüsst, dass einige Bürgerliche bei diesem Thema auch mitziehen.

Marc Scherrer (Die Mitte) dankt dem Vorredner für die Unterstützung. Bei der CSRD-Richtlinie geht es um die Nachhaltigkeit, woraus sich auch der Titel des Vorstosses ergibt.
Zu Tim Hagmann: Das KMU-Forum besteht nicht nur aus der Wirtschaftskammer, aber diese wird immer wieder als rotes Tuch gesehen. Der Redner wünschte, dass sich Tim Hagmann von diesem Bild lösen kann. Übrigens ist auch die Handelskammer im Forum vertreten – sowie etwa zehn Unternehmen. Der Redner bittet, zu den Fakten zurückzukehren.
Zu dieser Berichterstattung: Es handelt sich um eine EU-Norm; Unternehmen mit 40 Mitarbeitenden und einem Umsatz von mehr als CHF 250 Mio. sind aufgefordert, diese Berichterstattung zu machen. Das Gesetz gilt nicht unbedingt in der Schweiz, jedoch sind die Unternehmen entlang der Lieferkette verpflichtet, ihren Teil dazu beizutragen, damit sie weiterhin mit Unternehmen zusammenarbeiten können, die der Richtlinie unterliegen. Es geht darum zu eruieren, welche kantonalen Auflagen oder Reportings mit allenfalls der gleichen Thematik es gibt. Der Regierungsrat nimmt das Postulat entgegen und dagegen kann niemand etwas haben. Zeigt sich, dass es keine Doppelspurigkeiten und keine Probleme gibt, dann ist es umso besser. Aber es ist wichtig und richtig, das anzuschauen und allfällige Probleme zu beseitigen. Davon profitiert nicht direkt die Wirtschaftskammer, sondern die KMU werden entlastet. Dagegen kann niemand sein.

Markus Meier (SVP) wundert sich gemeinsam mit Marc Scherrer, was in drei kurze Fragen hineininterpretiert werden könne. Die Überprüfung der administrativen Belastung ist ein allgemeines Thema. Es hat in der Weltwirtschaft bereits hoffnungsvollere und unproblematischere Zeiten ge-

geben. Im Moment lastet ein grosser Druck auf der Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Betriebe haben Schwierigkeiten und gehen Konkurs. Kann mit einer administrativen Entlastung ein Teil zur Verbesserung der Atmosphäre beigetragen werden, ist dies sicher nicht falsch, zumal es ein KMU-Entlastungsgesetz gibt, das seit längerem in Kraft ist. Damit liegen ein geeignetes Instrument und eine Institution vor, die das überprüfen können. Die SVP-Fraktion unterstützt den Vorstoss einstimmig: damit geprüft wird, wo unnötiger Papierkrieg abgebaut werden kann und es mehr Effizienz gibt – und damit dem wirtschaftlichen Erfolg gedient ist, wovon die ganze Gesellschaft profitiert.

Urs Roth (SP) sagt, die SP-Fraktion unterstütze die Überweisung des Postulats grossmehrheitlich – aus den bereits erwähnten Gründen.

Christine Frey (FDP) hat ebenfalls Einsitz im KMU-Forum und legt dar, was dieses mache. Wenn der Regierungs- oder Landrat eine Vorlage bearbeitet, dann nimmt jeder eine Rolle ein und vertritt seine Interessen. Der Regierungsrat denkt vielleicht an das Wohl des Kantons, aber nicht unbedingt an das Preisschild für die KMU oder welche Bürokratie es diesen verursacht. Aus diesem Blickwinkel betrachtet das KMU-Forum Vorlagen: Es überlegt, was die Vorlage in der Realität für den Schreinerbetrieb, für Maler, für Dienstleistungsunternehmen etc. bedeutet. Es ist wichtig, zu eruieren, ob ein neues Gesetz oder eine neue Vorlage eine Veränderung, eine Verbesserung oder eine Verschlechterung für die Arbeit von Unternehmen bringen. Die Forderungen des Postulats sind wichtig und richtig. Das KMU-Forum tagt nicht zwölf Mal pro Jahr und die Rednerin erhält CHF 325.- im Jahr. Sitzungen werden nur abgehalten, wenn sie nötig sind und Diskussionsbedarf besteht. Entscheide werden auch per E-Mail-Verfahren getroffen. Die Rednerin bittet um Unterstützung des Postulats. Es bringt etwas in der Realität.

Fredy Dinkel (Grüne) hat im Bereich Nachhaltigkeitsbeurteilungen und -beratungen gearbeitet. In den letzten Jahren mussten Zulieferer immer mehr Formulare ausfüllen. Diese kamen meist von internationalen Firmen. Das ist ein Problem, insbesondere für kleine Unternehmen. Es ist gut, wenn versucht wird, Doppelspurigkeiten zu beheben. Der Regierungsrat soll auch darauf achten, wo KMU unterstützt werden können, damit nicht jedes KMU gewisse Dinge selber entwickeln muss. Es sollte eruiert werden, welche Mittel ihnen zur Verfügung gestellt werden können.

Tim Hagmann (GLP) hält fest, die GLP-Fraktion sei nicht kritisch gegenüber dem KMU-Forum. Es handelt sich um eine wichtige und legitime Interessenvertretung. Zum Thema Nachhaltigkeit gibt es jedoch auch weitere Interessen – und eine einseitige Bevorzugung und Einbindung nur dieses Gremiums erscheint nicht zielführend. Der Kanton Basel-Landschaft hat bei internationalen Unternehmen bezüglich Formulare keinen Hebel. Diese fordern sie ein – und will man zuliefern, müssen diese ausgefüllt werden. Bei vagen Postulaten ist der administrative Aufwand der Verwaltung gross und es bleiben nur Opportunitätskosten übrig. Der Redner bittet, das Postulat zurückzuweisen und einen zielführenden Vorstoss mit konkreten Anhaltspunkten zu formulieren.

Rolf Blatter (FDP) möchte nur noch einen Punkt anführen. Wenn der Bericht zu diesem Postulat einigermassen vollflächig auflistet, wo welche Berichte abgegeben werden müssen, welche bürokratischen Aufträge an die KMU ergehen, sodass anschliessend ein weiterer politischer Auftrag formuliert werden kann, welche Aufgabe ersatzlos gestrichen werden soll – dann ergibt sich ein Resultat. Damit kann eine Entlastung der KMU erfolgen – nicht nur in Form eines Berichts, sondern auch im operativen Geschäft. Aus diesem Grund unterstützt die FDP-Fraktion das Postulat einstimmig.

://: Mit 68:11 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.